

Pläne der Reichsregierung.

Berlin, 13. August. Ueber den Verlauf der Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates wissen Berliner Blätter verschiedene Einzelheiten zu berichten. Die DZ berichtet, Reichskanzler Brüning habe sich mit äußerster Deutlichkeit gegen inflationistische Pläne gewandt. Er habe sowohl den Vorschlag, auf die Rentenmarkt zurückzugreifen, wie den etwaigen Neubaus von Noten auf das entschiedenste abgelehnt. Es müsse und werde möglich sein, mit den vorhandenen Zahlungsmitteln auszukommen. Obendrein sei durch gewisse Ausleihsmittel, beispielsweise durch die Schaffung der Lagerscheine für die Ernährungsfinanzierung, die Möglichkeit gegeben, die Schwierigkeiten ohne härtere Maßnahmen zu überwinden.

Die Länder hätten sich dann über ungenügende Berücksichtigung ihrer finanziellen Bedürfnisse beklagt. Sie hätten darauf hingewiesen, das Reich habe für die Sanierung der Großbanken Geld gehabt, da müsse jetzt auch für die Gemeinden Geld vorhanden sein. Reichsfinanzminister Dietrich habe demgegenüber festgestellt, daß das Eingreifen des Reiches bei den Schwierigkeiten im Bankwesen unumgänglich gewesen sei, um größeren Ungleich zu verhüten. Er legte außerdem die Einzelheiten der mit den Banken getroffenen Vereinbarungen dar, um nachzuweisen, daß das Engagement des Reiches nicht dauernd sei.

Bei den weiteren Auseinandersetzungen habe sich Gelegenheit geboten, Einzelheiten aus dem Wirtschaftsprogramm des Kabinetts zu berühren. Die Länder hätten gegen den Plan protestiert, die Hauszinssteuer zu senken, da sie dadurch eines wichtigen Einnahmemittels beraubt würden. Der Reichskanzler habe in keiner Weise bestritten, daß Pläne im Gange seien, die auf eine Umgestaltung der Hauszinssteuer abzielen.

Er stellte aber den Ländern in Aussicht, daß bei einer Minderberücksichtigung der Einnahmen an dieser Stelle für entsprechenden Ausgleich gesorgt werden solle. Wie die DZ weiter berichtet, hat der Reichskanzler gegen Schluß der Sitzung nochmals das Wort ergriffen. Er habe die These, daß weitere energische Abstriche unumgänglich seien, nicht zurückgewiesen, aber betont, daß die jetzige Krise nicht bloß durch Senkung des Einkommensniveaus zu bewältigen sei und daß die Deflation nicht auf die Spitze getrieben werden würde. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß der Tiefpunkt der Krise wohl noch nicht erreicht sei. Die Reichsregierung werde aber nichts unterlassen, um auf eine Besserung hinzuwirken, sie werde ebenso gegen etwaige Unruhen mit Anwendung der äußersten Machtmittel rückwärtslos einschreiten.

Nach der wöchentlichen Zeitung hat die Vormittagssprache im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers die Feststellung allgemeinen Vertrauens der Länderminister zu den Plänen des Reichskabinetts gegeben. Zur technischen Durcharbeitung der Pläne werde im Laufe des heutigen Freitags eine Sachverständigenkommission ernannt werden, in die neben Vertretern der Reichsregierung auch einzelne Länderbeamte als Sachverständige entsandt werden. Man schätze die Zeit, die zur Vorbereitung der neuen Maßnahmen erforderlich sei, auf etwa 14 Tage. Nach diesem Zeitraum seien neue Verfügungen zur Durchführung des wirtschaftlichen Programms zu erwarten. Bei den Beratungen des Reichsrats hat es sich nach der wöchentlichen Zeitung um drei Hauptprobleme gehandelt: Aufhebung der immer härter werdenden Wohlfahrtslasten der Gemeinden, Sicherung der von den Gemeinden aufgenom-

nommenen kurzfristigen Kredite und Ausgleich der Etats einzelner Länder, die durch den allgemeinen Steuerrückgang gewisse Fehlbeträge aufweisen werden. Der Gedanke einer Beitragspflicht sämtlicher Beamten, Lohn-, Gehalts-empfänger für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge stehe außerhalb der offiziellen Pläne. Die erforderlichen Mittel würden vielmehr durch weitere starke Einschränkung des Personal- und Sachaufwandes beschafft werden müssen. Nach einer von Morgenblättern wiedergegebenen Korrespondenzmeldung ist eines der Hauptprobleme nach wie vor die Befreiung der Hauszinssteuer. Die Schwierigkeit bestände aber darin, eine entsprechende Quelle zu erschließen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer bringe deshalb Schwierigkeiten, da der Umsatz nicht so stark belastet werden könne, daß dadurch der Ausfall der Hauszinssteuer in Höhe von 1300 Millionen Reichsmark wettgemacht würde.

Erste Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 12. August 1931.

Berlin, 13. August. Auf Grund der §§ 17 Abs. 1 Satz 3, 22 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August 1931 (Reichsgesetzblatt 1 S. 421) wird verordnet:

§ 1.
Ueber Forderungen, die auf Reichsmark oder Goldmark lauten und im In- oder Ausland oder im Saargebiet anfallende Personen zuteilen, darf ohne die im § 6 Nr. 3 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vorgesehene schriftliche Genehmigung ausnahmsweise verfügt werden, wenn die Forderungen in der Zeit vom 16. Juli bis 3. August 1931 entstanden sind.

§ 2.
Ueber die Vorschriften des § 6 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung hinaus bedarf der schriftlichen Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung auch eine im Inland ansässige Person, wenn sie Reichsmarkbeträge auf ein im Inland geführtes Konto einer im In- oder Ausland oder im Saargebiet ansässigen Person durch Barzahlungen, Überweisungen oder in sonstiger Weise gutzuschreiben lassen will. § 11 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung gilt entsprechend.

§ 3.
Die Vorschriften des § 7 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung gilt auch für Edelmetalle im Sinne des § 8 Abs. 4 der Verordnung. Eine Anordnung der Reichsregierung nach § 15 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung kann sich auch auf Edelmetalle erstrecken.

§ 4.
Die Nichtigkeit eines Geschäftes (§ 12 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung) kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die im Auslande anständig sind oder die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten.

§ 5.
Bis auf weiteres entscheiden in den in § 21 Satz 2 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung genannten Fällen die Reichsbank oder die von ihr ermächtigten Kreditinstitute.

die steigenden Fürsorgelasten.

Trotz der Einsparungen der Gemeinden und der Erleichterungen durch die beiden Notverordnungen des Reiches verlor 1930 ein Fehlbetrag von 420 Millionen Mark für die deutschen Gemeinden. Für das laufende Jahr muß er mit 800 Millionen Mark angenommen werden. Die Gemeinden hätten ohne diese Lasten ihre Haushalte in Ordnung. Auch ein Viertel dieser außerordentlichen Wohlfahrtslasten könnten sie noch tragen. Die weiteren drei Viertel gingen über ihre Kraft. Bislang müßten die Gemeinden die Kosten der Wohlfahrtsverordnungen ohne Hilfe des Reiches und der Länder tragen. Hier liegt einer der dringlichsten Reformpunkte. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit sei in gleicher Weise daran interessiert, daß der

Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages.

Berlin, 13. August. Die deutschen Gemeinden unterbreiten durch den Vorstand des Deutschen Städtetages der Reichsregierung ein Sanierungsprogramm, das der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, heute in Anwesenheit verschiedener deutscher Oberbürgermeister und Stadtverordneter aller Parteien in einer Pressebesprechung erörterte. Er führte dabei unter anderem an:

Die schweren Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte und auch auf die Gemeinden haben sich bereits 1929 und in zunehmendem Maße 1930 und 1931 fühlbar gemacht. Sie waren gekennzeichnet durch

Spiel um Freiheit.

Roman von E. Ph. Oppenheim.

9) (Nachdruck verboten.)

Drittes Kapitel.

Am folgenden Morgen klingelte um zehn Uhr mein Telefon und ein Besuch wurde mir angemeldet. Ich verstand den Namen nicht und erst als ich ihm auf sein Klingeln die Tür öffnete, erkannte ich Mr. Cullen. Im Strahlenzug aus schlecht gebürstetem blauen Serge mit einem etwas formlosen Hut war er mir womöglich noch unangenehmer als gestern Abend. Er gab sich jedoch ganz ruhig und feineswegs angriffslos.

„Mr. Walmsley“, sagte er, während er den Stuhl einnahm, den ich ihm bot, und seinen Hut herumdrehte, „ich bin größtenteils in Ihrem eigenen Interesse zu Ihnen gekommen.“

„Ich murmelte etwas von sich sehr verbunden fühlen. Ich habe mich nach Ihnen erkundigt“, fuhr er fort, „und erfahre, daß Sie nicht nur einen tadellosen Ruf haben, sondern auch im Besitze beträchtlicher Mittel sind und einer hochangesehenen Familie angehören.“

„Und was weiter, Mr. Cullen?“ fragte ich.
„Ich fühle mich verpflichtet, Sie vor den Leuten zu warnen, mit denen Sie einen Teil des gestrigen Abends verbrachten.“ — „Sie meinen Mr. und Mrs. Parker?“

„Ich meine Mr. und Mrs. Parker.“
„Erheben Sie irgendwelche direkten Anschuldigungen gegen diese Dame und diesen Herrn?“ fragte ich nach einer kleinen Pause.

„Ganz bestimmte Anschuldigungen sogar“, erwiderte er. „Dieser Mann und seine Tochter haben in schlechtem Ruf bei uns und wer mit ihnen verkehrt, begibt sich in Gefahr, gleichfalls unter polizeiliche Aufsicht zu geraten. Wir wurden ausdrücklich vor ihnen gewarnt, als sie von Newyork abfuhren, und seit ihrer Ankunft in London waren sie schon in einige sehr dunkle Affären verwickelt.“

„Wenn sie gegen das Gesetz handeln“, fragte ich, „warum verhaften Sie sie nicht?“

„Weil ich Bedenken habe — verdammt Bedenken“, erklärte Mr. Cullen bestimmt. „Ich bin vollkommen überzeugt davon, daß dieser Mr. Parker, wie er sich nennt, einen der geschicktesten Banknotenfälscher, den die Polizei je kannte, finanziert hat. Ich bin vollkommen überzeugt, daß Mr. Parker von diesem jungen Mann gestern Abend in Adam Street mit einem Paket Banknoten weggegangen

ist, für die er ihm zweihundert Pfund bezahlt hatte. Wenn ich ihn da hätte arrelieren können, wäre das Spiel aus gewesen. Er entkam mir, indem er das Hotel Cecil von vorn betrat und beim Nebenausgang verließ und durch das Savoy-Hotel ging; aber zwei Minuten, nachdem er das Restaurant Stephens betreten hatte, erreichte ich ihn. Offenbar mit Ihrer Hilfe — verzeihen Sie, Sir, aber die Tatsachen sprechen — sah er an Ihrem Tische, als sei er mitten im Essen begriffen. Ich durchsuchte ihn, fand aber



„Einer meiner Leute“, erklärte Mr. Cullen, „folgte ihm durch beide Hotels und ließ ihn nicht eine Sekunde aus den Augen.“

nichts. Ich will Sie nicht fragen, was er mit den Banknoten machte, die er bei sich trug — ich will nur konstatieren, daß er sich zwischen seinem Eintritt bei Stephens und dem Zeitpunkt meiner Untersuchung eines Pakets gefälschter Schecks im Betrage von tausend Pfund entledigte.“

„Da muß er ja sehr geschickt gewesen sein“, bemerkte ich.
„Da müßte Ihnen aber, daß er sie nicht jemandem im Cecil oder Savoy zusteckte?“

„Weil einer meiner Leute“, erklärte Mr. Cullen, „ihm durch beide Hotels folgte und ihn nicht eine Sekunde aus den Augen ließ. Wissen Sie, ich war sicher, daß er zu Stephens kommen würde, und befand mich auf der anderen

Seite der Straße, aber ich hatte einen Mann zurückgelassen für den Fall, daß er einen anderen Weg einschlägt. Ich sage Ihnen, daß er die ganze Zeit unter genauer Beobachtung stand mit Ausnahme der paar Minuten — man könnte fast sagen Sekunden — hier im Restaurant.“

„Nicht sonst noch etwas gegen ihn vor?“ fragte ich.
„Ich bin nicht gesonnen“, fuhr Mr. Cullen langsam fort, „die verschiedenen Fälle zu spezifizieren, auf die ich aufmerksam gemacht wurde und bei denen ich ihn beteiligt glaube; aber er ist unter anderem ein häufiger Besucher der Häuser der Spielhöhlen von London und lockt Kunden für sie an. Und wo er hinkommt, geschieht etwas Unangenehmes. Aber, Mr. Walmsley, merken Sie auf meine Worte! Ich bin nicht der Mann der müßigen Rede und versichere Sie, daß ich ihn binnen ein paar Wochen — vielleicht Tagen — haben werde — ja, und die junge Dame dazu! In solche Sachen werden Sie nicht mit hineinverwickelt sein wollen; deshalb bin ich hier, um Ihnen diesen Wink zu geben. Sie würden nur ausgetaucht werden und schließlich noch selbst in Verdacht kommen!“

„Ich sündete eine Zigarette an und stand, die Hände am Rücken, vor dem Kamin.“

„Mr. Cullen“, sagte ich, „es ist natürlich sehr freundlich von Ihnen, auf so selbstlose Weise zu mir zu sprechen. Sie scheinen ja nichts dabei zu gewinnen, also will ich Ihre Stellungnahme als bona fides annehmen. Und ich will ebenso aufrichtig mit Ihnen reden. Ich habe sowohl Mr. Parker als auch seine Tochter gestern Abend zum ersten Male gesprochen.“

„Also war dieses Dinner richtig nur ein Schwindel?“ warf Mr. Cullen schnell ein. „Ich wüßte es ja.“

„Ich ignorierte die Unterbrechung.“
„Zum ersten Male“, wiederholte ich, „und ich finde sie beide enttäuscht. Wir mit unsere Bekanntschaft geübt wird, hängt einzig und allein vom Zufall ab. Sie, Mr. Cullen, sind zweifellos aus den besten Beweggründen zu mir gekommen, aber ich, ich nicht ein, warum ich Ihre Mitteilungen betrefft Mr. Parker und seine Tochter blind glauben soll. Verstehen Sie mich? Meine Idee ist, daß Sie sich irren. Was ich daraus komme, daß sie etwas anderes sind, als sie sich mit gegenseitig ausgeben.“

„Füge ich mit großer Feindseligkeit hinzu, wird mir ihre Gesellschaft Vergnügen bereiten.“

„Nicht wahr?“ fragte ich.
„Nicht wahr?“ wiederholte ich, „und ich finde sie beide enttäuscht. Wir mit unsere Bekanntschaft geübt wird, hängt einzig und allein vom Zufall ab. Sie, Mr. Cullen, sind zweifellos aus den besten Beweggründen zu mir gekommen, aber ich, ich nicht ein, warum ich Ihre Mitteilungen betrefft Mr. Parker und seine Tochter blind glauben soll. Verstehen Sie mich? Meine Idee ist, daß Sie sich irren. Was ich daraus komme, daß sie etwas anderes sind, als sie sich mit gegenseitig ausgeben.“

„Füge ich mit großer Feindseligkeit hinzu, wird mir ihre Gesellschaft Vergnügen bereiten.“

„Gleichzeitig sei das Niveau der Lebenshaltungskosten energisch zu senken.“
Dazu sei vor allem eine erhebliche Senkung der Zinsfußes nötig. Lohnhöhe und Lebenshaltungskostenzahl bestimmten ja auch die Richtsätze in der Fürsorge, deren weitere Senkung für die Sanierung der Haushalte der Gemeinden unerlässlich sei. Vor allem müßten Reich und Länder eben so rigoros vorgehen, wie das jetzt die Gemeinden mit dem Abbau ihrer Haushalte tun. An den Regierungen des Reiches und der Länder sei es jetzt, durch entsprechende Gesetze und Verordnungen den Weg zur Sanierung der Gemeindehaushalte zu ermöglichen. Für die Uebergangszeit sei eine Reichshilfe von 50 bis 100 Millionen Reichsmark zur Zahlung der Unterhaltungen in den nächsten Wochen bereitzustellen.

Dr. Müller schloß seine Ausführungen wie folgt: „Der Vorstand des Städtetages ist sich darüber klar, daß diese Maßnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuten und auf die Dauer gesehen schwerste Schädigungen auslösen. Die Gemeinden erwarten im Augenblick schwerer Not die Initiative, um die Unterhaltungsleistungen sicherzustellen und Schlimmeres abzuwenden. Ihre Vorschläge sind getragen von dem besten Willen, alle Kräfte zur Ueberwindung der gegenwärtigen und künftigen Schwierigkeiten zusammenzuführen. Die Gemeinden haben den Kampf um die Ueberwindung der Wirtschaftskrise in vorbestimmter Reihenfolge von der Allgemeinheit geführt. Ihre Kraft wird jetzt zwei Jahren für die Unterhaltung der Erwerbslosen eingesetzt. Sie können im gegenwärtigen Augenblick um so härter alle Vorschläge ab, die darauf hinauszielen, durch Zwangsmaßnahmen ihre Schwierigkeiten noch weiter zu erhöhen.“

(Fortsetzung folgt.)